

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Dosen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. S. Alrici & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reseritz bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Pöfener Zeitung.
Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. S. Paube & Co.,
Jansenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 694.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 3. Oktober.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.

1883.

Amtliches.

Berlin, 2. Okt. Der König hat den Ober-Präsidenten-Rath Dr. Singelmann zu Königsberg i. Pr. zum Geheimen Regierungs-Rath und den Ober-Forsmeister Janisch zu Rassel zum Ober-Forsmeister und Rath dritter Klasse, Beide aber zu vortragenden Räten im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Landgerichts-Rath Schrader in Dortmund zum Landgerichts-Direktor, und den Gerichts-Assessor Kubart zum Amtsrichter ernannt; sowie den Gerichtsschreiber, Sekretären Bogt zu Kreuzburg D./S. und Altholz in Sameln bei ihrer Veretzung in den Ruhestand, und dem Gerichtsschreiber, Sekretär Böttcher in Spandau den Charakter als Kanal-Rath, ferner dem Fortifikations-Sekretär Peter zu Glas bei der Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen. Dem ordentlichen Seminar- und Musiklehrer Schubert zu Köslin ist das Prädikat Musikdirektor beigelegt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 3. Oktober.

Gestern hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, in welcher das Arbeitsmaterial und wahrscheinlich auch der Berufungstermin des Landtags zur Verathung gekommen sein dürften.

Der ungewöhnliche Umfang der gesetzgeberischen Aufgaben, mit denen sich der Reichstag sowohl wie der Landtag in der bevorstehenden parlamentarischen Kampagne zu beschäftigen haben wird, läßt die Erwartung zu, daß die Sessio nen beider Körperschaften an einem früheren Termin, als ursprünglich in Aussicht genommen war, beginnen werden. Der Eröffnung des Landtags sieht man etwa zum 7. oder 8. November, derjenigen des Reichstags zu Anfang Dezember entgegen. Daß das Abgeordnetenhaus sogleich einen hinlänglichen Verhandlungsstoff finden würde, dafür ist schon durch die Verathung des Etats gesorgt, welcher, dem Vernehmen nach, in der Hauptsache fertig gestellt ist und nur noch der Beschlußfassung des Gesamtministeriums zu unterliegen hat. Was den Reichstag anlangt, so sind freilich die Vorarbeiten für die Hauptaufgabe der Session, nämlich für das Unfallversicherungsgesetz, noch weit im Rückstande. Indessen bietet der bereits im Detail ausgearbeitete Aliengesetz entwurf und vielleicht auch das mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende neue Sozialistengesetz, in Verbindung mit einer Reihe kleinerer Vorlagen, Material genug, um einen früheren Beginn der Session nicht nur zu rechtfertigen, sondern direkt erforderlich zu machen. Eigenthümlich ist es übrigens, daß, während über die Mehrzahl der aus den einzelnen Ressorts zu erwartenden Entwürfe bereits ein Ueberblick sich gewinnen läßt, noch völlige Ungewißheit über die gesetzgeberischen Pläne des Herrn v. Puttkamer herrscht. Man bezeichnet es der „B. B. Z.“ als noch nicht entschieden, ob die Kreisordnungen für Hannover und Schleswig-Holstein zur Vorlage kommen werden; zum Mindesten fehlt ein definitiver Entschluß darüber, ob jene Entwürfe einer tief einschneidenden Umarbeitung unterzogen oder in der alten Form, die bekanntlich keiner Partei genügt, eingebracht werden sollen.

Das Oktoberheft der „Preuß. Jahrbücher“ acceptirt das Wort des Reichskanzlers in der Reichstagsitzung vom 30. Novbr. 1881, mit dem Centrum könne er paktiren, mit der Fortschrittspartei nicht. Wie der Reichskanzler verstehen auch die „Preuß. Jahrbücher“ unter „Fortschrittspartei“ die Liberalen überhaupt, so lange dieselben nicht jede Gemeinschaft mit Herrn Richter ableugnen. So werden denn die „Nationalliberalen“ aufgefordert, auf jede Solidarität mit der Fortschrittspartei zu verzichten. Nur dann könne verhindert werden, daß die Mittelparteien verschwinden und neben einer reaktionär-konservativen nur noch eine ultramontane und eine rabulale Partei bestehe, so daß das „Zentrum“ das Pest in der Hand habe! Daß dies der Erfolg ebensowohl des Paktirens mit dem Centrum, als des Preisgebens der liberalen Positionen zu Gunsten der Regierungspolitik sein würde, wird völlig übersehen, obgleich die Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise Zeugniß dafür ablegt. Indirekt erkennen das auch die „Preuß. Jahrbücher“ mit dem Hinweis auf die habsbischen Ergänzungswahlen an. Wenn die preussische Regierung, nachdem auch sie zur Herstellung des äußeren gesetzmäßigen Zustandes die notwendigen Konzessionen gemacht, eine „energische anti-ultramontane Haltung“ einnähme, würde das Centrum auch in Preußen nicht unüberwindlich sein. Aber dazu würde es allerdings, wie in Baden, des Paktirens mit den Liberalen bedürfen, und das will Fürst Bismarck nicht.

Der „Moniteur de Rome“ versichert wiederholt, die Kurie habe der preussischen Regierung den Vorschlag gemacht, der Dispens solle durch einen einzigen Bischof nachgesucht werden. Diese Mittheilung ist nach einer römischen Korrespondenz des „Berl. Tagebl.“ ungenau. Der Vatikan hat danach ganz dem preussischen Episkopat überlassen, die bei der Dispensfrage in Betracht kommenden Förmlichkeiten selber zu regeln, und zwar, wie nachträglich bekannt wird, aus dem Grunde, um jeder Zumuthung seitens der preussischen Regierung, die De-

mision der vier exilirten Bischöfe auszusprechen, aus dem Wege zu gehen. Die Initiative zu dem Beschlusse, den Dispens für die betreffenden Geistlichen aller Diözesen durch einen einzigen Bischof, und zwar durch den ältesten, nachsuchen zu lassen, ist daher lediglich von den Bischöfen selbst ausgegangen, und es ist bemerkenswerth, daß auch die exilirten Bischöfe in der viel-erwähnten geheimen Konferenz zu Mainz zu diesem Beschlusse mitgewirkt haben.

Die württembergischen Nationalliberalen, die sog. „Deutsche Partei“, haben auf einer Versammlung in Schwäbisch-Hall beschloffen, bei den Reichstagswahlen des nächsten Jahres mit den Konservativen Hand in Hand zu gehen.

Diesentigen Mitglieder der bayerischen Abgeordneten-kammer, welche vor zwei Jahren aus der Fraktion der Rechten austraten und unter Führung des gegenwärtig schwer erkrankten Herrn v. Hasenbrödl die Gruppe der „Extremen“ bildeten, haben beschloffen, in Zukunft wieder bei den Fraktions-sitzungen der Rechten zu hospitiren. Eine förmliche Wiederver-einigung mit der Fraktion wird danach nicht lange auf sich war-ten lassen.

Die holländische Regierung hat behufs Deckung des Defizits im Staatshaushalt den Kammern Vorschläge gemacht, u. A. auch den, die Duote, welche die Kommunen von der Personalsteuer erhalten, von 1/5 auf 1/3 herab-zusetzen. Man sieht, eine Ueberweisung von Staatssteuern an die Kommunen enthält keine Garantie für die Entlastung der letzteren.

In der kroatisch-ungarischen Wappenfrage zeigt sich Herr Tisza den Forderungen der kroatischen National-partei geneigter, als man nach seiner bisherigen ablehnenden Haltung hätte hoffen dürfen. Man telegraphirt in der Angele-genheit aus Pest vom Dienstag:

In der gestrigen Konferenz der kroatischen Abgeordneten bemerkte Ministerpräsident Tisza auf die Adresse derselben, er werde in der Wap-penfrage von der Legislative diejenige Vollmacht verlangen, welche eine befriedigende Lösung herbeizuführen im Stande sei; er werde sich für Wap-pen ohne Aufschrift aussprechen. Sobald die Ord-nung wieder vollständig hergestellt sei, werde auch der konstitutionelle Zustand wieder ins Leben treten. Bezüglich begründeter Klagen wür-den die Reformministerien abhelfen. Der Theilnahme der Abgeordneten bei der Verhandlung über die Wappenfrage stehe nichts entgegen, doch überlasse er die Entscheidung darüber den Abgeordneten.“

Für gestern war abermals eine Konferenz der kroatischen Abgeordneten in Aussicht genommen. Gestern Abend beabäch-tigte Tisza in einer Sitzung der liberalen Partei nähere Mit-theilungen über das von ihm beabsichtigte Vorgehen zu machen. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Tisza, er werde heute mündlich über die kroatische Frage berichten und einen Beschluß des Hauses in dieser Frage herbeiführen.

In Paris spricht man offen von einer Minister-krisis. Vorläufig wird zwar nur der Kriegsminister genannt, doch ist bei der gegenwärtigen Erregung der öffentlichen Meinung und bei den Intriguen, die im Verborgenen spielen, der Umfang der Krisis noch nicht zu messen. Nachträglich verlautet, der Herzog Fernan Nunez habe dem Könige von Spanien nach Brüssel telegraphirt und ihm die Möglichkeit feindlicher Demon-strationen, welche die Regierung zu verhindern nicht in der Lage sei, vorgestellt, der Monarch habe jedoch erklärt: „Ich habe mein Wort gegeben und nichts kann mich daran hindern, es zu halten.“ Nachdem die Regierung den König von Spanien in so bringender Weise zum Besuch von Paris eingeladen, lastet die Verantwortlichkeit für den üblen Empfang, den ihm die Pariser am Sonnabend bereiteten, auf den Staatswüthenträgern der Republik. Von allen Seiten erheben sich denn auch Beschul-digungen gegen die Regierung, daß sie es versäumt habe, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um den Gast der Re-publik vor Insulten zu schützen. Inmitten der allgemeineren Ent-rüstung wird folgende Erklärung des Königs eifrig kolportirt. Der König soll zu Grövy gesagt haben:

„Ich bin an Manifestationen gewöhnt. Seien Sie versichert, daß die von gestern in keiner Weise meine Sympathien für Frank-reich berührt haben. Ich kann nicht vergessen, daß ich in Paris er-zogen worden bin. Eine Gruppe von Manifestanten ist nicht Frank-reich. Die große Masse der Bevölkerung wird sicherlich begreifen, daß indem ich mich einfach einem Brauche fügte, ich mich nicht des Landes unwürdig machte, indem meiner Mutter eine so ausgezeichnete Auf-nahme zu Theil wurde.“

Der „Figaro“ garantirt für die Richtigkeit dieser Aeußerung, wenn nicht dem Wortlaute, so dem Sinne nach. Die „Korr. Savas“, französische Ausgabe, bestätigt, obwohl mit saurer Miene, die Mittheilungen des Gaulois, daß Alfons XII. zuerst Frankreich seinen offiziellen Besuch abstatten wollte, „um seiner Reise nach Deutschland jeden für uns (Franzosen) unangenehmen Charakter zu benehmen.“ Grövy sei in Mont-Jous-Baudrey ge-wesen und habe seinen derartigen Aufenthalt nicht abkürzen wollen, und so habe der König von Spanien sich entschloffen, erst auf der Rückreise offiziell in Paris zu erscheinen.

In Belgrad ist, wie nach den letzten Nachrichten kaum noch zweifelhaft sein konnte, Christics, der bisherige Bize-

präsident des Staatsraths, mit der Neubildung des Kabinetts be-auftragt worden. Oesterreich muß einem Kabinet Christics mit Besorgniß entgegensehen, da die russenfreundlichen Sympathien des neuen Kabinettschefs außer Zweifel sind.

Wie der „Polit. Corresp.“ aus Petersburg geschrieben wird, macht der Gesundheitszustand des Fräuleins Natalie v. Giers eine Reise des russischen Ministers des Aeußern nach Montreux in der Schweiz erforderlich. Herr v. Giers wird deshalb nach der für die ersten Tage des Oktober erwarteten Rückkehr des Kaisers einen mehrtägigen Urlaub nehmen. Ob es mit diesem Besuche eine ähnliche Bewandniß hat, wie mit der vorjährigen Fahrt nach Italien, bleibt abzuwarten.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 2. Okt. Die Agitation für die hiesigen Stadtverordneten-Wahlen ist offenbar von allen drei, einander dabei bekämpfenden Parteien zu früh eröffnet wor-den: während noch 14 Tage uns von dem Wahltermine trennen, läßt die Bewegung eine unleugbare Ermattung erkennen, in den Versammlungen, welche noch immer in großer Zahl in den ver-schiedenen Stadtbezirken abgehalten werden, können die Redner nur noch Wiederholungen vorbringen, und sogar wenn eine solche Versammlung von Vertretern mehrerer Parteien besucht ist und es zu einem Nebekampfe zwischen diesen kommt, wie z. B. gestern Abend wieder zwischen der Arbeiter- und der Bürgerpartei, geht die Sache ziemlich glimpflich ab. Vielleicht trägt zu dieser Er-mattung des kommunalen Wahlkampfes auch der Umstand bei, daß die beiden, der bisherigen Stadtverwaltung entgegen-tretenden Parteien selbst keine erhebliche Hoffnung auf Erfolg mehr hegen. Die Arbeiterpartei kann bei dem bestehenden Wahlsystem höchstens in einigen wenigen, vor-zugsweise von Arbeitern bewohnten Distrikten in der dritten Abtheilung einige Kandidaten durchzubringen hoffen; und abge-sehen von den wohlhabenden Fabrikanten, welche sie mehrfach als Kandidaten aufgestellt hat, verfügt sie selbst für diese beschränkte Anzahl der für sie einigermaßen aussichtsreichen Bezirke nicht über die erforderliche Zahl von Personen, die sich im Ernst ver-pflichten können, der Erfüllung des diätenlosen Mandats als Stadtverordneter regelmäßig einen Theil ihrer Arbeitszeit zu opfern. Das sind Umstände, welche nicht geeignet sind, den Wahleifer besonders anzufacheln. Die Bürgerpartei andererseits hat, obgleich für sie weder das Wahlsystem, noch ein Mangel an Kandidaten als Hinderniß in Betracht kommt, ihre Hoffnungen auf Erfolg nach dem bisherigen Verlauf ebenfalls sehr herab-gestimmt; die antisemitische Agitation, welche im Kleinbürger- und Subalternbeamtenthum noch immer einen starken Resonanzboden findet, ist nachgerade die einzige Seite geworden, auf welcher die Red-ner der Bürgerpartei noch spielen; aber trotz des Anklangs, den dies in den joesben bezeichneten Bevölkerungskreisen findet, ist es doch nicht hinreichend ausgiebig für eine lange Agitation in einer so großen Stadt. Es ist der Bürgerpartei nicht gelungen — und sie hat es vermöge der Hunscheckigkeit ihrer Zusammensetzung auch nicht ernstlich unternehmen können —, die materiellen Interessen bestimmter Berufs- oder Besitzklassen für sich ins Spiel zu bringen, was ihr allein erheblichere Chancen hätte verschaffen können. So bestand z. B. unter den Hausbesitzern, die seit dem Rückgang der Miethen um 1874—75 sich theilweise in ungün-stiger Lage befinden, eine gewisse Neigung für die Bürgerpartei, weil sie eben Opposition gegen die Stadtverwaltung macht und viele Hausbesitzer glauben, sich über diese Beflagen zu sollen. Heute veröffentlicht aber die Hausbesitzer-Vereinigung ein Wahlprogramm, worin erklärt wird, daß die Mitglieder derselben für die von den verschiedenen Parteien aufge-stellten einzelnen Kandidaten stimmen werden, je nachdem die letzteren sich zu den alsdann aufgestellten Forderungen der Haus-besitzer-Vereinigung stellen. Diese können außerhalb Berlins im Ein-zelnen kein Interesse beanspruchen; im Ganzen sind sie insofern als un-begründet zu bezeichnen, als der Hausbesitz in Berlin keineswegs einen so bedeutenden Antheil an der Aufbringung der städtischen Lasten trägt, wie es mit Rücksicht auf die Werthsteigerung der Fall sein sollte, welche ihm periodisch durch die Aufwendungen aus städtischen Mitteln zu Theil wird; da das bestehende Wahlsystem den Hausbesitzern einen bevorzugten Antheil an der städtischen Vertretung einräumt, kann man schon voraussehen, daß dieselben nicht durch die Kommunalverwaltung bedrückt sein werden. Dieser allzu einleuchtenden Sachlage gegenüber werden nicht viele Kan-didaten der Bürgerpartei es bei der notwendigen Rücksicht auf die nicht hausbesitzenden Wähler wagen können, für das Pro-gramm der Hausbesitzer sich zu engagiren, obgleich es an persön-lichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Lagern nicht fehlt. So dürfte die Wahlbewegung sich vorläufig nur eben hinziehlen, bis sie kurz vor dem Wahltermin nochmals lebhaft auflodert.

— Der Staatssekretär des Innern, Staatsminister von Böttcher, hat sich gestern Nachmittag zum Reichskanzler nach Friedrichstraße begeben.





Produkten-Börse

Berlin, 2. Okt. Wind: W. Wetter: Regnerisch. Am heutigen Getreidemarkt, der wegen des hohen jüdischen Feiertages nur schwach besucht war, herrschte eine recht feste Stimmung...

guter — bez., do. feiner — R. bez., Oberbrucher — R., preussischer alter — bez., do. guter — bez., feiner alter — per diesen Monat und per Oktbr. Nov. 126 Gd., per Nov.-Dez. 129 Gd., per Dez.-Jan. — bez., per April-Mai 135,25 G., per Mai-Juni — bez. — Gefündigt — Zentner. Durchschnittspreis — R.

— R., per diesen Monat 66,5—66,6 M. bez., per Oktbr.-Nov. 65,4—65,5 bez., per Novbr.-Dez. 66,3—65,4 bez., per Jan.-Febr. — per April-Mai 65,2—65,3 bez. Gefündigt — Zentner. Durchschnittspreis — R.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 2. Okt. Die heutige Börse war sehr wenig besucht, so daß schon aus diesem Grunde das Geschäft sich in den engen Grenzen bewegte. Dabei war die Stimmung im Allgemeinen fest und entsprach den günstigen Tendenzmeldungen...

Der Kapitalmarkt wies festere Tendenz für heimische solide Anlagen auf und fremde festen Zins tragende Papiere zeigten zumeist unveränderte Kurse. Die Rohwarethe der übrigen Geschäftszweige blieben gleichfalls im Allgemeinen fest bei stillem Verkehr.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen als behauptet, und still, ungarische Goldrente als unverändert und ruhig zu nennen. Deutsche und preussische Staatsfonds gingen in fester Haltung verhältnismäßig lebhaft um; inländische Eisenbahn-Prioritäten recht fest, 4 1/2 procentige gefragt und lebhafter.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Währung = 12 Mark. 100 Gulden voll. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Rire Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Wechsel-Kurse', 'Indische Fonds', 'Eisenbahn-Prioritäten', 'Börse', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.